

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version
Haushaltsstrukturen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Thiel, Eberhard (1979) : Haushaltsstrukturen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 9, pp. 420

This Version is available at:
<http://hdl.handle.net/10419/135353>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Eberhard Thiel

Haushaltsstrukturen

In diesen Tagen findet im Bundestag die Debatte über den Bundeshaushalt 1980 statt. Aufgrund seines Volumens, seiner speziellen gesamtwirtschaftlichen Verantwortung und seiner Machtposition findet das finanzwirtschaftliche Gebaren des Bundes mit Recht ein besonderes Interesse. Eine Analyse der längerfristigen Entwicklung des Bundeshaushaltes läßt dabei einige bemerkenswerte Entwicklungstendenzen erkennen.

So zeigt sich, daß der Anteil der Personalausgaben an den Bundesausgaben bis 1974 angestiegen war, später jedoch leicht abnahm. Dagegen blieben die Zinsausgabenanteile lange Zeit auf einem niedrigen Niveau, bekamen aber seit Mitte der siebziger Jahre eine zunehmende Bedeutung. Das gleiche läßt sich für die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse feststellen, die vor 1975 Anteile von 45 % beanspruchten, zuletzt aber bereits 49 % erreichten. Hierin spiegeln sich besonders die starke Zunahme der Bundesleistungen für die Sozialversicherung wider sowie die hohen Ausgabenzuwächse bei Renten und Unterstützungen. Ein Blick auf die Sachinvestitionen zeigt dagegen die sinkende Bedeutung dieser Ausgabeart. Auch

die durch Addition von Sachinvestitionen und Finanzierungshilfen gewonnene Kennziffer für investive Ausgaben weist nach 1974 geringere Werte auf als in früheren Jahren.

Insgesamt ging also in den letzten Jahren die Bedeutung von Investitionen und Konsumausgaben zurück, während die Transferleistungen erheblich angestiegen sind.

Veränderungen zeichnen sich auch bei den Ausgaben für die einzelnen Aufgabenbereiche ab. So nahm der Anteil der Verteidigungsausgaben in den letzten Jahren langsam ab, während die Ausgaben für die soziale Sicherheit seit 1975 überproportional anstiegen. Dabei waren es neben den Bundeszuschüssen zur Sozial- und Arbeitslosenversicherung speziell die Aufwendungen für Familien-, Sozial- und Jugendhilfe, die gegenüber den Zuwächsen der gesamten Bundesausgaben überdurchschnittlich wuchsen. Während die Ausgaben für die Hochschulbauten sogar absolut zurückgingen, nahmen die Anteile für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen zu. Der Anteil der Straßenbauausgaben sank, dagegen stiegen die Ausgaben für die Verschuldung überproportional an. Denn während in früheren Jahren der Anteil der Bundesausgaben, der durch Steuereinnahmen gedeckt wurde, um 90 % schwankte, werden seit 1975 nur noch Anteilswerte um 80 % erreicht.

Angesichts dieser Veränderungen im Bundeshaushalt stellt sich zu Recht die Frage, ob die künftige Finanzierung des Bundeshaushaltes wieder stärker auf Steuern oder Krediten basieren sollte.

Nun gibt es keinen Indikator, der eine eindeutige Entscheidung über die Art der Finanzierung einzelner Ausgaben oder über die Finanzierungsstruktur des gesamten Haushaltes erlauben würde. Momentan

stehen bei der Beurteilung hauptsächlich konjunkturpolitische Gesichtspunkte im Mittelpunkt. Sicherlich prägten die Bemühungen um die Bekämpfung der Rezession und ihrer Folgen sehr stark die Gestaltung der Ausgaben- und Einnahmenseite des Bundeshaushaltes. Doch kommen Zweifel daran auf, ob die Strukturen mittelfristig tatsächlich geändert werden können. Das gilt angesichts der zu beobachtenden Scheu vor Steueranpassungen nach oben auch für den Fall, daß das Wachstum der Transferausgaben etwas stabilisiert werden könnte.

Dabei sollten Bemühungen um eine Rückführung der Kreditaufnahme nicht allein auf hausväterlichen Besorgnissen oder auf dem Wunsch nach Rückgewinnung einer größeren Dispositionsfreiheit bei der Budgetgestaltung basieren. Es dürfte auch nicht nur gebannt auf die Entwicklung der Steuerquote und der daraus resultierenden Belastungen geschaut werden. Vielmehr müßte verstärkt auf die Relationen zwischen Be- und Entlastungen aufgrund hoher Kreditaufnahmen geachtet werden.

Diese freilich nicht offen zutage liegenden Wirkungen der Verschuldung auf die Einkommens- und Vermögensverteilung könnten gerade bei einem hohen Niveau der Transfers die gegenwärtigen Forderungen nach Konstanz oder gar Senkung der Steuerbelastung in einem anderen Licht erscheinen lassen. Die Bereitschaft zu Beitragserhöhungen wird nicht einfach anzuheben sein. Dagegen ließen sich die aufgrund einer möglicherweise positiveren Haltung gegenüber Steuererhöhungen anzuviesierenden Mehreinnahmen nicht allein durch die Progressionswirkung der Einkommenssteuern mit ihren zum Teil unerwünschten Belastungsverschiebungen erreichen. Eine Renaissance der Steuer- und Tarifstrukturdiskussionen scheint erforderlich zu sein.